

Donnerstag, 8. Februar 2018

Entscheidung zu Glyphosat vertagt

Die Verwaltung soll Fraktionen, Betroffene und Experten zum Gespräch einladen

Von Sonja Volkmann

Neukirchen-Vluyn. Die Entscheidung über den Umgang mit Glyphosat und Pestiziden in der Stadt ist vertagt worden. Die Mitglieder des Ausschusses für Bauen, Grünflächen und Umwelt haben am Mittwochabend intensiv über entsprechende Anträge der SPD und NV Auf geht's diskutiert, bevor die SPD-Fraktion, offenbar überzeugt durch den Gesprächsverlauf, Beratungsbedarf anmeldete und damit den Weg frei machte für die Einberufung eines Runden Tisches zum Thema.

„Eine operationale Frage: Wer soll jetzt was tun“

Ulrich Geilmann, der Technische Beigeordnete, fragt nach dem konkreten Plan.

Die Verwaltung soll nun Vertreter relevanter Stellen und der Fraktionen einladen. Die Ortslandwirte sollen ebenfalls an den Gesprächen teilnehmen. Am Ende stimmte nur die Fraktion FDP/Piraten gegen dieses Vorgehen.

Zuvor hatte der Fraktionschef von NV Auf geht's, Klaus Wallenstein, ausgeführt, dass man am Anfang einer sachlichen Auseinandersetzung stehe. Und: Es gebe eine

Grundlage, warum Glyphosat in der Diskussion stehe. Er sprach vom Druck der Agrarindustrie, von teuren alternativen Methoden und sagte: „Die eigentlichen Verursacher sitzen woanders.“

Thorsten Rolik (SPD) sagte, man müsse sich entscheiden, ob man eine „pestizidfreie, summende Stadt“ sein wolle. Die SPD hatte den umfassendsten Antrag gestellt (die NRZ berichtete), der unter anderem ein Verbot der Nutzung von Pestiziden bei der Verpachtung kommunaler Flächen für landwirtschaftliche Nutzung vorsieht.

Das hatte allerdings Dirk Hollinderbäumer (CDU) auf den Plan gerufen, der dezidiert ausführte, unter welchen Voraussetzungen derartige Mittel in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Dabei sprach er auch von „strengen Prüfverfahren“. Er wolle Fälle „von überzogenem Glyphosateinsatz nicht negieren“, sagte Hollinderbäumer, kritisierte aber, dass die Darstellungen im Ausschuss zu einseitig seien. Der SPD widersprach er in etlichen Punkten.

„Dann dürfen wir auch den Eichenprozessionsspinner nicht mehr bekämpfen“, fügte Karsten Holderberg (CDU) an, während Tom Wagener noch gehofft hatte, dass Glyphosat in der EU verboten werde, wie er sagte. Ein Zeitfenster, in dem Ergebnisse vorliegen sollen, wurde nicht konkret benannt.